

Krise der Deutschen Bank

Zu Lust und Risiken des Kapitalverkehrs

Lucas Zeise

Die Deutsche Bank ist nach dem jüngsten Kursrutsch ihrer Aktien in der Nacht zum Freitag an der Börse nur noch 15 Milliarden Euro wert. Das ist nur wenig mehr als jene 14 Milliarden Dollar, die ihr das US-Justizministerium als Strafe (für die Machenschaften des Konzerns vor Ausbruch der Finanzkrise auf dem US-Immobilienmarkt) angedroht hat. Zuletzt haben einige Hedgefonds, für die das größte Geldhaus der Bundesrepublik Transaktionen am Finanzmarkt durchführt, ihre Liquiditätspolster von dem Institut zu anderen Banken transferiert. Ihr Motiv ist offensichtlich. Sie wollen nicht, dass ihre Portokasse weg ist, wenn die »Deutsche« pleite geht. So geht es Geldhäusern, die nicht mehr als »sichere Bank« gelten. Die betuchten Kunden sind in der Regel die ersten, die ihre Konten leerräumen. Werden solche Nachrichten – wie in diesem Fall durch die US-Finanznachrichtenagentur *Bloomberg* – weit gestreut, beschleunigt das die Flucht der Kunden und den Fall des Aktienkurses. Die Bank ist allein schon deshalb in einer schweren Krise.

Zu Wochenbeginn hatten die Meldungen, wonach die Bundesregierung an einem Plan zur Rettung der großen Deutschen Bank bastele, eine ähnliche Wirkung gehabt. Es half nichts, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble die Gerüchte beredt und heftig dementierten. Es wäre allerdings unverantwortlich, wenn es im Finanzministerium und der ihm unterstellten Bankenaufsicht keinen Plan für den Fall einer Pleite des wichtigsten deutschen Kreditinstituts gäbe. Ein solcher ist sogar gesetzlich vorgeschrieben. Die Bank selbst muss ihn ausarbeiten, der Aufsicht vorlegen und von ihr genehmigen lassen. Allerdings sind diese Pläne, die alle Großbanken erstellen müssen, unrealistisch. Sie enthalten die Regel, dass Gläubiger und Kunden mit Einlagen über 100.000 Euro nicht entschädigt, sondern am Verlust beteiligt werden. So wird es aber nicht kommen. Denn die Hauptgläubiger einer Großbank sind andere Banken. Wenn das größte Exemplar im Land die Schulden nicht bezahlen kann, sind die anderen Banken auch illiquide. Der Staat muss, genau wie im Herbst 2008, das Bankensystem stützen, also auch und gerade die Deutsche Bank.

Die entsprechenden Gesetze, die unter Führung des deutschen Finanzministers und begleitet von treuherzigen Sprüchen der Kanzlerin (wonach der deutsche Steuerzahler nie mehr wie 2008 für die Rettung von Großbanken herangezogen werde) EU-weit erlassen wurden, sind Albernheiten. Sie sind allenfalls für kleine Institute gültig. Und dann auch nur in Ländern zweiter oder dritter Ordnung aus Sicht der Märkte. Dass zum Beispiel die älteste Bank der Welt, die italienische Monte dei Paschi di Siena, ohne Staatshilfe nicht auskommt, war offensichtlich. Aber Schäuble wollte es der italienischen Regierung verbieten, einen Rettungskredit oder eine Garantie zu geben. Ein solches Handeln dürfte ihm, da es im deutschen Finanzgewerbe lichterloh brennt, etwas schwerer fallen.

Ganz kurze Schlussfolgerung: Wenn der Staat sich einen Konkurs in einer Branche wegen der verheerenden Wirkungen auf die Gesamtwirtschaft nicht leisten kann, darf er – auch unter kapitalistischen Verhältnissen – diese Branche nicht dem Markt und Privateigentümern überlassen. Geld, Zahlungsverkehr und Banken müssen staatliches Eigentum sein und staatlich gesteuert werden.

Unser Autor ist Finanzjournalist und Publizist. Er leitet als Chefredakteur die Wochenzeitung der Deutschen Kommunistischen Partei, *Unsere Zeit (UZ)*

<http://www.jungewelt.de/2016/10-01/044.php>